

Berlin, 10. Oktober 2017 | Statement

Teilhabe als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Dr. Iris Hauth | Past President der DGPPN, Ärztliche Direktorin des Zentrums für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, Alexianer St. Joseph-Krankenhaus Berlin-Weißensee

Psychische Erkrankungen sind in den letzten Jahren zu Volkskrankheiten geworden. Der 2012 vom Robert Koch-Institut durchgeführte deutschlandweite Gesundheitssurvey ergab, dass in jedem Jahr rund ein Drittel der Bevölkerung von mindestens einer psychischen Störung betroffen ist. Angststörungen, Alkoholstörungen und Depressionen treten am häufigsten auf. In den Statistiken über die Arbeitsunfähigkeitstage stehen die psychischen Erkrankungen nach Muskel- und Skeletterkrankungen an zweiter Stelle. Als Anlass für die Frühberentung sind psychische Erkrankungen mittlerweile auf dem ersten Rang. Neben dem persönlichen Leid der Betroffenen und ihrer Angehörigen verursachen psychische Erkrankungen erhebliche direkte Kosten im Sinne der Behandlung sowie indirekte Kosten auch durch Produktivitätsausfall. Vor diesem Hintergrund sind psychische Erkrankungen und deren Prävention, frühzeitige Erkennung, bedarfsgerechte Behandlung und Rehabilitation eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

In der internationalen Gesundheitspolitik hat der Stellenwert psychischer Erkrankungen spürbar zugenommen. Mit der 2009 von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention ist ein großer Schritt nach vorn für die Gleichberechtigung und Teilhabe in der Gesellschaft getan worden. Die Weltgesundheitsorganisation hat einen umfassenden Aktionsplan für psychische Gesundheit 2013 verabschiedet, deren Ziele für alle Länder Ansporn zur weiteren Entwicklung sind.

Seitens der politischen Entscheidungsträger müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit psychischen Erkrankungen gerecht zu werden, den Zugang zu einem umfassenden System von psychiatrisch-psychotherapeutischer Versorgung zu ermöglichen und deren Autonomie und Selbstbestimmung zu fördern.

8–12 October 2017
Messe Berlin | Germany

Psychiatry of the 21st Century:
Context, Controversies and
Commitment

www.wpaberlin2017.com



Deutsche Gesellschaft
für Psychiatrie und Psychotherapie,
Psychosomatik und Nervenheilkunde

**WPA XVII WORLD CONGRESS
OF PSYCHIATRY**

Deutsche Gesellschaft für
Psychiatrie und Psychotherapie,
Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN e.V.)

Reinhardtstraße 27B
10117 Berlin

TEL +49 30 2404772-11

FAX +49 30 2404772-29

E-MAIL pressestelle@dgppn.de

INTERNET www.dgppn.de

Dazu gehören die Sicherstellung von flächendeckender leitliniengerechter ambulanter und stationärer Versorgung sowie die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für eine sektorenübergreifende Vernetzung zur Förderung strukturierter, individuell passgenauer bedarfsgerechter Hilfsangebote. Strukturen zur Förderung psychischer Gesundheit über die gesamte Lebensspanne sind zu entwickeln. Zur Erweiterung des Wissens über die Ursachen psychischer Erkrankungen und neuer Behandlungsmethoden ist die Sicherstellung von kontinuierlichen Forschungsstrukturen unabdingbar. Der Direktor der Abteilung *Mental health and substance abuse* in der Zentrale der WHO fordert daher, dass alle Länder – auch die reichen – ihre Investitionen in die psychische Gesundheit intensivieren müssen. Die Umsetzung von Teilhabe in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen bis hin zum Arbeitsmarkt setzt aber weiterhin die Arbeit an den Veränderungen der Einstellungen gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen voraus. Gerade Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen haben immer noch mit vielen Vorurteilen und Ausgrenzung zu kämpfen. Der Weg der Antistigma-Kampagnen im Sinne einer Positivkampagne muss nachhaltig fortgesetzt werden.